

Mehr Arbeitsplätze statt Zwölfstundentag!

Weniger ist mehr – Arbeitszeit verkürzen!

Ausgabe 7

Näheres auf Seiten 6 – 7

**Echt
krass**

TOTAL ABHÄNGIG

Arbeit fair-teilen	S.2
Leben im 4/4 Takt	S.4
Wie finanzieren?	S.5
Jobmotor Klimaschutz	S.6
Herausforderung Klimaziele	S.7

Die einen arbeiten zu viel, die anderen zu wenig – Arbeit fair-teilen



Immer mehr statt weniger sollen wir arbeiten. Bei der Leistung von Überstunden ist Österreich seit Jahren ganz vorne dabei. Unlängst hat auch die OECD eine Warnung ausgesprochen: Die ÖsterreicherInnen arbeiten

zu viel und unter zu hohem Zeitdruck. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn Burn-out-Raten und Herz-Kreislauf-Erkrankungen nach oben gehen.

Gleichzeitig sind trotz sich erholender Lage auf dem

Arbeitsmarkt die Arbeitslosenzahlen weiterhin alarmierend hoch. Paradox: Auch die Beschäftigtenzahlen steigen stetig. Ein Blick hinter die Fassade zeigt: Vor allem Teilzeitjobs, nicht durchgängige Beschäftigungen und andere prekäre Arbeitsformen sind für dieses Beschäftigungswachstum verantwortlich. Seit geraumer Zeit findet also in Österreich kaum merkbar ein Prozess der Arbeitszeitverkürzung statt – gänzlich ohne Lohnausgleich. Die zunehmende Digitalisierung droht diesen Prozess noch zu verstärken.

Um die einen zu entlasten und für die anderen Arbeitsplätze

zu schaffen oder zu erhalten, ist es mehr als notwendig die vorhandene Arbeit auf mehr Köpfe aufzuteilen. Das Mittel hierzu ist die Arbeitszeitverkürzung – jedoch nicht planlos und prekär, sondern politisch geplant mit Lohnausgleich und entsprechenden Personalschlüsseln!



Illustration: toonpool.com

Zwölfstundentag – zurück ins 19. Jahrhundert?

Wir brauchen moderne Arbeitszeiten“, lässt die Wirtschaft ausrichten – und schlägt gleich darauf einen Rückschritt ins 19. Jahrhundert vor. Denn 1890 gingen ArbeiterInnen mit der Forderung „8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit, 8 Stunden Schlaf“ erstmals auf die Straße. Sie hatten die überlangen Arbeitszeiten satt. Seit 1918 gibt es in Österreich den 8-Stunden-Tag, seit 1975 in Form der 5-Tage-Woche. 2017, fast 100 Jahre später, diskutieren wir den Zehn- und den Zwölfstundentag – und kehren zurück ins 19. Jahrhundert.

Bereits seit den 1990ern folgt unter dem Motto „Flexibilisierung“ eine Reform auf die andere. Anstelle von Autonomie und Wunscharbeitszeit bedeutet das 2017



allerdings überlange Arbeitszeiten bei immer knapperem Personal und Lohnraub durch den Wegfall von Überstundenzuschlägen.

Moderne Arbeitszeiten sollen jedoch Selbstbestimmung für die ArbeitnehmerInnen, bessere Vereinbarkeit und allem voran eine Verkürzung der Arbeitszeiten bedeuten!

→ **19. Jahrhundert:** 16 Stunden/Tag und bis zu 80 Stunden/Woche sind an der Tagesordnung; für Männer und Frauen ebenso wie für Kinder (unter 12-jährige max. 10 Stunden)

1885: 11-Stunden-Tag in den Fabriken (66 Stunden-Woche), Arbeitsverbot für Kinder unter 14; Frauen- und Jugendlarbeitsverbot

1. Mai 1890: Millionen ArbeiterInnen gehen europaweit für den 8-Stundentag auf die Straße („8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit, 8 Stunden Schlaf“)

1910: Einführung des 10-Stunden-Tags

1918: 8-Stundentag, aber: 48-Stundenwoche (= 6-Tage-Woche) + 1 Urlaubswoche

1959: Reduktion von 48 auf 45 Stunden (Generalkollektivvertrag)

1964: Zweite Urlaubswoche

1969: Einigung auf schrittweise Verkürzung auf 40 Stunden nach SPÖ-Volksbegehren

1975: 40-Stunden-Woche = 5-Tage-Woche (Gesetz)

1977: Verlängerung des Urlaubsanspruchs von zwei auf drei Wochen

Ab 1985: Verkürzung in zahlreichen Branchen durch Kollektivvertrag (im Schnitt österreichweit heute 39 Stunden)

1986: fünf Wochen Urlaub → **1997 und 2007:** Flexibilisierungspakete

Impressum

Herausgeber: ÖGB/Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96, Fax 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Web: www.oegbverlag.at, UID: ATU 55591005, FN 226769i. Offenlegung nach §25 Mediengesetz unter: <http://www.oegb.at/impressum>, Hersteller: Mediaprint, Herstellungsort: Wien, Redaktionsteam dieser Ausgabe: Fabian Unterberger, Alexandra Strickner. Grafik: ÖGB/Stephanie Guberner, Fotos: mauritius images, toonpool.com, pixabay.com

Klimaschutz: Job-Motor oder Job-Killer?



Nicht Klimaschutz sondern Untätigkeit gegen den Klimawandel killt Jobs – z.B. im Wintertourismus

Im Zuge der Entscheidung über die 3. Startbahn des Flughafens Wien-Schwechat wurde der Gegensatz zwischen Umwelt und Arbeitsplätzen hochstilisiert. Die Befürchtung bzw. Behauptung: Durch Klimaschutz gehen Jobs verloren. In Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit

ist die Sorge um Arbeitsplätze berechtigt. Aber die Sorge um unser Klima und unsere Lebensgrundlage auch! Daher brauchen wir mehr denn je eine sachliche Diskussion, wie wir beide Ziele in Einklang bringen können.

Tun wir nichts gegen den Klimawandel und für die

globale Energiewende, dann drohen allein für Österreich Klimaschäden von bis zu 8,8 Milliarden Euro pro Jahr. Außerdem sind viele Arbeitsplätze (z. B. im Wintertourismus) gefährdet. Wir müssen also jetzt handeln und Lösungen umsetzen, gut für das Klima sind und Jobs schaffen. Das ist möglich: durch thermische Sanierung, mehr öffentlichen Verkehr und den Ausbau erneuerbarer Energien. Allein damit könnten etwa 70.000 klimafreundliche Arbeitsplätze in Österreich entstehen. Leider ist die bisherige Regierungspolitik hier die falsche: Förderungen z. B. für thermische Sanierung wurden gekürzt, der Ausbau erneuerbarer Ener-

gien stockt. Dagegen subventionieren wir laut WIFO jährlich mit mehr als zwei Milliarden Euro klimaschädlichen Verkehr. Das Flughafen-Management hat gegen das Bauverbot der dritten Piste Einspruch eingelegt, geht aber davon aus, dass es diese Startbahn frühestens im Jahr 2030 geben wird. Allerdings gehen schon heute 40 Prozent der Flugverbindungen von Wien-Schwechat in Städte, die ohne Umsteigen mit dem Zug erreichbar sind. Die Erfahrungen der ÖBB mit ihren Nachtzügen zeigen, dass je Million Fahrgäste ca. 500 Jobs entstehen. Bessere Bahnverbindungen ermöglichen also Klimaschutz UND Arbeitsplätze.

Infrastrukturen von heute bestimmen unser Leben von morgen



Wir selbst schaffen das Bild unserer Zukunft!

Große „fossile“ Infrastrukturprojekte würden natürlich Arbeitsplätze schaffen – durch den Bau an sich und auch die Nutzung danach. Mit ihnen werden aber auch veraltetes Mobilitätsverhalten und die weitere Verwendung von Erdöl auf Jahrzehnte festgeschrieben. Die Milliarden Euro an Investitionen, die dafür ausgegeben werden sollen, könnten genauso gut für kluge Regionalentwicklung, den massiven Ausbau von Öffis und die Wiederbelebung von Dorfzentren ausgegeben werden. Toller Nebeneffekt: Beim Bau solcher Projekte werden mehr Arbeitsplätze geschaffen als bei Mega-Baustellen! Wir brauchen Infrastrukturen der Zukunft, die klimafreundliche Arbeitsplätze und Arbeits- und Lebensweisen ermöglichen.

Ausbeutung durch 1-Euro-Jobs

Immer öfter fordern österreichische PolitikerInnen, dass Flüchtlinge zu 1-Euro-Jobs verpflichtet werden. „Wir können uns nicht damit abfinden, dass diese Menschen zuhause oder im Park herumsitzen“, sagt Minister Kurz. Stattdessen will er sie dazu verpflichten in den Gemeinden Straßen zu kehren, Schnee zu schaufeln oder Laub zu rechen. Wer nicht mitmacht, dem soll zum Beispiel die Mindestsicherung gekürzt werden. Was Kurz nicht sagt: Eine solche Maßnahme trifft alle arbeitslosen Menschen in Österreich, da Flüchtlinge so wie Staatsbürger behandelt werden müssen. Das wäre die Einführung von Hartz IV, das in Deutschland aus armen Arbeitslosen arme Erwerbstätige gemacht hat. Viel sinnvoller ist das von der Regierung geplante Integrationsjahr ab September 2017. Dieses soll geflüchtete Menschen, die (wahrscheinlich) in Österreich bleiben können mit Sprachkursen und Arbeitstrainings auf einen Job vorbereiten. Die geflüchteten Menschen werden qualifiziert und gefördert, um – anders als bei Kurz' 1-Euro-Jobs – eben nicht auf schlecht bezahlte Jobs und Sozialleistungen angewiesen zu sein.



Arbeitszeitverkürzung schafft Jobs und stärkt Demokratie

Fast eine halbe Million Menschen waren im April 2017 beim Arbeitsmarktservice arbeitslos gemeldet (inkl. Schulungen). Dieser Rekordwert ist aber nicht der einzige: Auch bei den Überstunden liegt Österreich ganz weit vorne; 270 Millionen waren es 2015. Während also immer mehr Menschen gar keine Arbeit haben, arbeiten andere zu viel. Langes Arbeiten macht krank, wie zahlreiche Studien zeigen. Und das Unfallrisiko steigt ab der siebten Arbeitsstunde massiv an. Die OECD warnt Österreich vor Burn-out und gesundheitlichen Folgen langer Arbeitszeiten und reiht die Qualität unserer Arbeits-



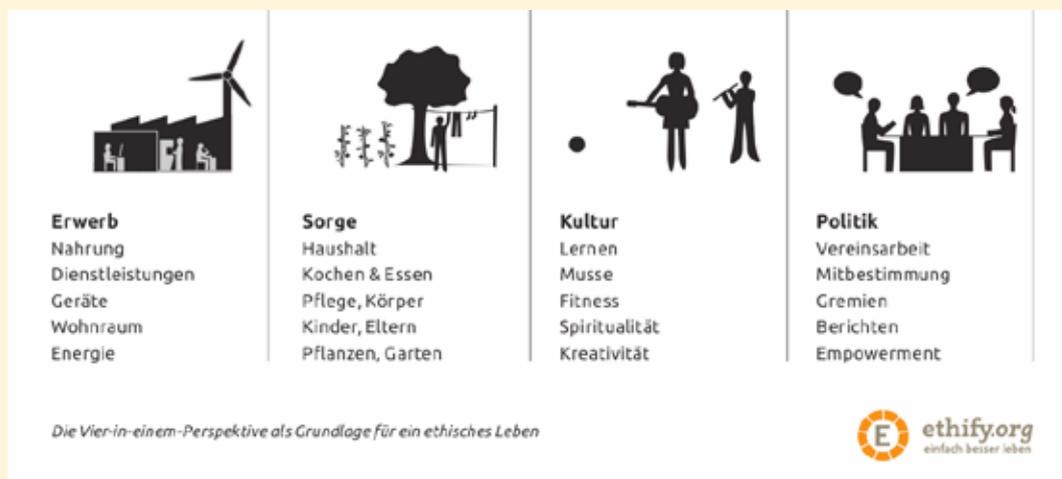
Generelle Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche würde ca. 50.000 neue Jobs schaffen.

plätze im Vergleich mit 32 Ländern unter die letzten Fünf. Dabei würden kürzere Arbeitszeiten nicht nur helfen, bis ins Pensionsalter gesund zu arbeiten. Eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden in der Woche

wäre auch ein entscheidender Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit und würde ca. 50.000 neue Arbeitsplätze schaffen (siehe Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2017-2019). Sie wäre aber auch ein Beitrag zur

Stärkung der Demokratie. Denn wer weniger arbeitet, hat mehr Zeit für zivilgesellschaftliches und politisches Engagement. Und das wird angesichts autoritärer Tendenzen immer nötiger!

Leben im 4/4 Takt: Arbeit gerecht teilen



Auch Hausarbeit ist produktive Arbeit!

Als ob „Arbeit“ nur Lohnarbeit wäre! Ein gutes Leben für alle braucht eine Vielzahl an Tätigkeiten, nicht nur „Hackln für Kohle“. Arbeit gibt's genug, die verschiedenen Tätigkei-

ten sind nur extrem ungleich verteilt und ungleich bezahlt – oder auch gar nicht. Arbeit neu denken heißt darauf zu schauen, was zu tun ist, damit alle gut leben können. Das heißt: Sorge und Pflege für

Menschen von der Wiege bis zum Grab, politische Arbeit, um unsere Gemeinschaft und Gesellschaft bestmöglich zu gestalten, Sorge und Bildung für uns selbst und auch Zeit für Muße – und Erwerbsar-

beit. Arbeit gerecht zu teilen bedeutet allen Menschen Anteil an dieser vielfältigen Palette zu ermöglichen. Alle – Frauen und Männer – haben Recht auf ein Leben „im Vier-Vierteltakt“. Eine „Arbeitswoche“ kann so aussehen: 10 Stunden Zeit politisch tätig zu sein, 10 Stunden Zeit für andere Menschen da zu sein, zu sorgen und zu pflegen, 10 Stunden Zeit für Lohnarbeit, um genug Geld zu verdienen und nochmals 10 Stunden Zeit für sich und die eigenen Interessen. So lässt sich die nötige Arbeit für ein gutes Leben für alle gut aufteilen. Und gleichzeitig schaffen wir die Basis für Geschlechtergerechtigkeit.

Neues Schichtmodell der Voestalpine schafft Arbeitsplätze

Die Voestalpine Linz hat im Jahr 2010 ein neues Schichtmodell eingeführt. Damit wurde die wöchentliche Normalarbeitszeit für viele Beschäftigte auf 34,4 Stunden verringert. Eine MitarbeiterInnenbefragung hat ergeben: Die geringere Anzahl an Nacht-, Sonn- und Feiertags-

schichten hat enorm positive Auswirkungen auf das Familienleben und das soziale Umfeld. Die Beschäftigten sind mit dem neuen Schichtmodell sehr zufrieden, das Betriebsklima ist nachweislich besser geworden. Auch zusätzliche Arbeitsplätze konnten so geschaffen werden.

Arbeitszeitverkürzung – wie finanzieren?

Die Finanzierung ist möglich - z.B. über das „Solidaritätsprämienmodell“



Schon vor 100 Jahren hat die Wirtschaft bei der Forderung nach dem 8-Stunden-Arbeitstag gejammert, dass das nicht finanzierbar wäre. Natürlich ist es möglich eine kurze Vollzeit für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei vollem Lohnausgleich zu finanzieren! Wie? Zum großen Teil über ein „Solidaritätsprämienmodell“. Dabei übernimmt das AMS für kleine und mittlere Unternehmen zu Beginn 50 Prozent des Lohnausgleiches. Dieses Modell wird schon angewandt, wenn eine kürzere Arbeitszeit als „solidarische Teilzeit-Lösung“ individuell vereinbart

und dafür jemand neu eingestellt wird. Großunternehmen und Konzerne brauchen diese Unterstützung nicht. Sie können sich eine kurze Vollzeit und mehr MitarbeiterInnen auch so leisten. Denn die Gewinnausschüttungen steigen seit langem viel stärker als die Löhne, da wir in immer weniger Zeit immer mehr produzieren. Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Sektor braucht mehr Geld, das könnte z. B. von einer Vermögen- oder Erbschaftsteuer kommen. So können mehr Leute eingestellt und mit einem Betreuungsschlüssel die Verdichtung der Arbeitszeit verhindert werden.

Sechs Stunden sind genug und gesünder

Von 2015-2016 reduzierte das Göteborger Altenheim „Svartedalen“ die tägliche Arbeitszeit aller Beschäftigten im Rahmen eines Versuchsprojektes auf 6 Stunden – bei gleichem Lohn. Das Ergebnis dieses Pilotprojektes: In der Testperiode wurden 14 neue PflegerInnen eingestellt, der Stress und die Krankenstände der

MitarbeiterInnen sanken. Die Beschäftigten blieben länger im Betrieb und waren nachweislich zufriedener und motivierter. Auch die BewohnerInnen des Altenheims haben diese Veränderung wahrgenommen. Sie fanden, dass sich die Qualität der Pflege gesteigert hat. Das Projekt zeigt, dass kurze Vollzeit gut ist für alle!.

„Wir sind keine Arbeitsmaschinen“

Mehr als 16.000 Menschen haben an der AK Online-Umfrage zum 12-Stunden-Tag teilgenommen. Die Rückmeldungen sind eindeutig: Der 12-Stunden-Tag wird von der überwiegenden Mehrheit als lebensfeindlich gesehen. „Ich wünsche mir keine Gesellschaft, in der nur mehr gearbeitet wird“, bringt es eine Teilnehmerin der Umfrage auf den Punkt. Nur 23 Prozent der Befragten haben bisher noch nie 12 Stunden lang gearbeitet. Würde der 12-Stunden-Tag generell erlaubt, hätte das beträcht-



liche Probleme für sehr viele zur Folge. So sagen 90 Prozent, es wäre für sie „sehr oder eher schwierig“, wenn der Arbeitgeber jederzeit 12-Stunden-Arbeit verlangen könnte. „Kein Privatleben mehr“, meinte eine/r der Antwortenden. „Dann kann ich Weiterbildung, Freunde, Haushalt und die geplante Familie vergessen, da ich keine Zeit mehr dafür hätte“, ein/e andere/r. Oder schlicht: „Ständige Erschöpfung.“ Das können wir nicht wollen. .

Wir wollen die sozial-ökologische Wende – her mit den Klimajobs!

Beschäftigungswachstum und ökosoziale Wende sind kein Widerspruch - im Gegenteil! Der öffentliche Verkehr beispielsweise beschäftigt in Österreich schon jetzt rund 90.000 Menschen. Gemeinsam mit den damit verbundenen Investitionen in Infrastruktur und Fahrzeuge sichern die Öffis rund 170.000 Arbeitsplätze. Hier ist noch viel „Luft nach oben“. Alleine die Verbesserung der Öffis in den ländlichen Regi-

onen (Ausbau/Reaktivierung von Regionalbahnen, dichteres Busnetz usw.) können mit einer Investitionssumme von einer halben Milliarde Euro jährlich 8.000 Arbeitsplätze schaffen. Aber auch in den stetig wachsenden Ballungsräumen muss viel getan werden, z. B. für den nicht-motorisierten Verkehr: Mit zusätzlich 100 Millionen Euro pro Jahr für Fußgängerzonen, Radwege und Verkehrsberuhigung können wir mehr als



2000 Jobs schaffen. Investitionen in diesen Bereich schaffen doppelt so viele Arbeitsplätze wie etwa der Bau von weiteren Autobahnen. Mit ca. 300 Millionen Euro an jährlicher Förderung könnten jedes

Jahr 3 Prozent der Wohnhäuser thermisch saniert werden. Das schafft rund 28.000 neue Jobs. Und auch der Ausbau von erneuerbaren Energieträgern bietet zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten.



In Österreich greifen wir die Forderung nach klimafreundlichen Arbeitsplätzen im Zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget auf

„Million Climate Jobs“: eine weltumspannende Initiative

Es gibt eine weltweite Bewegung für klimafreundliche Arbeitsplätze, getragen u. a. von Gewerkschaften und Umweltorganisationen. Unter dem Motto „Million Climate Jobs“ formuliert diese Bewegung etwa in Großbritannien, den USA, Kanada oder Südafrika konkrete Vorschläge, wie Millionen neue klimafreundliche Arbeitsplätze entstehen sollen: etwa durch den Ausbau erneuerbarer Energien und öffentlicher Mobilität, durch thermische Sanierung und die Förderung von Forschung bzw. Bildungsarbeit für eine sozial gerechte Umgestaltung der Wirtschaft. In Österreich greifen wir diese Forderungen im Zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget auf (www.wege-aus-der-krise.at). Dabei ist klar: Klimafreundliche Jobs müssen gut bezahlt und sozialrechtlich abgesichert sein. Als Teil einer klimafreundlichen Infrastruktur sind sie eingebettet in eine gerecht gestaltete Wirtschaft und Globalisierung.

Links zu Initiativen:

UK: www.climate-change-jobs.org **USA:** www.bluegreenalliance.org
Südafrika: www.aidc.org.za **Kanada:** www.greeneconomy.net.ca

Klimafreundliches Wirtschaften heißt: Vorrang für lokalen Handel

Freihandelsabkommen wie die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) befeuern den globalen Wettlauf um die niedrigsten Sozial- und Umweltstandards und Löhne. Es geht darum, ArbeitnehmerInnen bzw. Bauern und Bäuerinnen weltweit immer stärker in Konkurrenz zueinander zu setzen. Konzerne wollen so ihre Kosten senken und die Profite erhöhen. Die Ausweitung des globalen Handels ist zu einem Ziel an sich geworden. Eine solche Handelspolitik verschärft die Klimakrise. Denn je mehr Güter global gehandelt werden, umso mehr CO₂-Emissionen entstehen dadurch. Eine klimafreundliche Wirtschaftspolitik würde hingegen regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und ausbauen. Es geht also darum, Güter und Dienstleistung so lokal wie möglich zu produzieren, zu handeln und zu konsumieren. Handelsabkommen wiederum sind so zu gestalten, dass sie diese lokale bzw. regionale Wirtschaft fördern. Das schafft Arbeitsplätze vor Ort, verringert die CO₂-Emissionen und ermöglicht uns mehr Selbstbestimmung und Kontrolle über unser Leben und die Wirtschaft.



Klimaschutz: Jetzt sind wir gefragt!

Mit Donald Trump regiert ein Leugner des Klimawandels eines der mächtigsten Länder der Welt, das gleichzeitig den weltweit höchsten Treibhausgasausstoß hat. Binnen weniger Stunden nach seiner Amtseinführung waren sämtliche Informationen über Klimawandel von der Website des Weißen Hauses gelöscht. Nicht auszudenken, was passiert, wenn jetzt wieder mehrere Jahre untätig verstreichen oder klimaschädliche Projekte wie die vor kurzem fürs Erste verhinderten riesigen Öl-Pipelines doch



gebaut werden. Aber nicht nur in den USA können wir im Kampf gegen den Klimawandel nicht mehr auf die politische Führung zählen.

Obwohl in Österreich der Klimawandel nicht geleugnet wird, fördert die aktuelle Politik auch hier klimaschädliche Infrastrukturprojekte, die

Öl- und Kohleindustrie oder die energieintensive industrielle Landwirtschaft. Immer mehr Menschen setzen dieser nationalen und globalen Politik nun auf der lokalen Ebene ihre Alternativen entgegen. Ein Beispiel ist die österreichische Bewegung „System Change, not Climate Change!“ (www.system-change-not-climatechange.at). Die Nyéléni-Bewegung für Ernährungssouveränität setzt sich wiederum für eine sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft ein (www.ernaehrungssouveranitaet.at).

Klimaschutz – wo sind die Vorreiter?

Höchste Zeit, den Gashahn zuzudrehen!

Während die CO₂-Emissionen der EU in den letzten 25 Jahren um etwa ein Viertel gefallen sind, blieb der Ausstoß an Treibhausgasen in Österreich auf gleichem Niveau. Kein Ruhmesblatt für die heimische Politik! Für eine gelungene Klima-



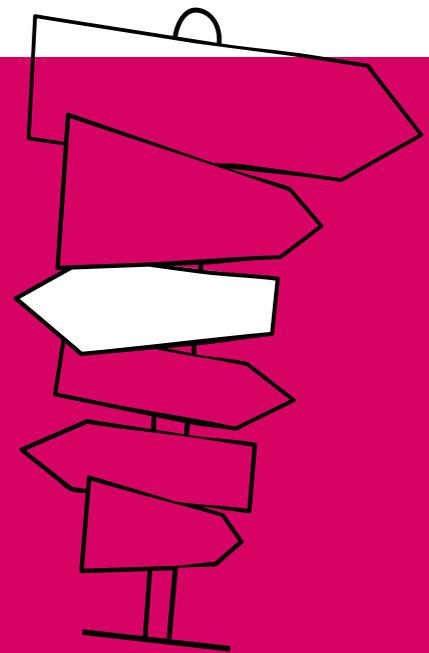
politik fehlt es Österreich vor allem an langfristigen Strategien. Österreichs Klimaziele reichen nur bis 2020 und gehen nicht über die Erfüllung von EU-Vorgaben hinaus. Hier sind uns andere Länder weit voraus: So will Schweden bis 2045 CO₂-Neutralität erreichen, Deutschland seine Treibhausgasemissionen bis 2050 um 95 Prozent und Großbritannien um 80 Prozent reduzieren. Dazu werden Strategien und Umsetzungspläne erarbeitet. Eine österreichische Energie- und Klimastrategie, die einen konsequenten Fahrplan mit klaren Zielen und Umsetzungsschritten für den Ausstieg aus fossiler Energie vorgibt, wäre ein erster Schritt in Richtung einer gelungenen Klimapolitik auch in Österreich.

Gutes Essen und gute Arbeitsplätze am Land

In Österreich sperren pro Jahr derzeit ca. 5000 Bauernhöfe zu. Die Entwicklung hin zu immer größeren und intensiver produzierenden Betrieben bringt nicht nur ökologische Probleme wie Monokulturen, Verlust an Vielfalt und fruchtbaren Böden, Ausstoß von Klimagasen oder Bienensterben mit sich. Sie vernichtet auch Arbeitsplätze am Land, insbesondere für Frauen. Mit einer Trendumkehr in Richtung einer kreislauforientierten, ökologischen und sozial gerechten Produktionsweise könnten daher viele Fliegen auf einen Streich geschlagen werden. Ökologische Landwirtschaft produziert gutes Essen und sie schützt die Umwelt und das Klima. Und sie braucht viele smarte Köpfe und fleißige Hände statt Chemiekeulen und GPS-gesteuerte Traktoren. Eine Win-win-Situation – für die Umwelt, für das Klima und für die Menschen.



„Geht's uns allen gut, geht's uns allen gut“



- **Arbeitszeit verkürzen statt 12h-Tag!**
- **Öffis ausbauen!**
- **Energiewende jetzt!**
- **Wirtschaft regionalisieren!**

GPA **djp**
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK – JOURNALISMUS – PAPIER

KAB
KATHOLISCHE ARBEITNEHMER*INNEN
BEWEGUNG ÖSTERREICH


DIE ARMUTSKONFERENZ.

yunion **%attac**
Die Daseinsgewerkschaft

PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

GLOBAL 2000


GREENPEACE

www.oehf.ac.at
OHZ

SOS
MITMENSCH

vida


**wege
aus der krise**

**Ja zu einem Zukunftsbudget!
Jetzt unterstützen!**
www.wege-aus-der-krise.at